

**TOP 4: Bundesratsinitiative: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes**

- Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten -

**Beschluss:**

1. Der Ministerrat beschließt, den Antrag „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes beim Bundesrat einzubringen Es soll um Aufsetzung auf die BR-Tagesordnung am 03. Juli 2020 gebeten werden.
2. Das Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten erhält in Abstimmung mit der Staatskanzlei, dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, dem Ministerium der Justiz, dem Ministerium des Innern, und dem Ministerium der Finanzen mit Blick auf das weitere Verfahren und weitere mitantragstellende Länder Redaktionsvollmacht.

**Erläuterungen:**

Das Gefährdungspotenzial für die Schweinegesundheit sowie die zu erwartenden wirtschaftlichen Auswirkungen eines Eintrages der Afrikanischen Schweinepest (ASP) nach Deutschland sind von einem enormen Ausmaß. Daher muss auch die Entwicklung in benachbarten Gebieten verfolgt und auf diese angemessen reagiert werden können. Die Erfahrungen Belgiens und Frankreichs zeigen, dass die präventive Errichtung von festen Wildschutzzäunen dabei ein wirksames Mittel ist. Aktuell besteht diese Notwendigkeit insbesondere in grenznah zu Polen gelegenen Gebieten. In Polen wurde ein ASP-Virus positives Wildschwein gerade einmal wenig mehr als zehn Kilometer von der deutschen Grenze entfernt gefunden Daher ist zu befürchten, dass auch in anderen Gebieten Polens in Grenznähe zu Deutschland weitere bereits infizierte Wildschweine zu finden sind nach geltender Rechtslage musste für die Errichtung eines Zaunes mindestens eine Pufferzone mit allen, vor allem wirtschaftlichen, Konsequenzen ausgewiesen werden Zudem müssten noch zusätzliche, strenge Anforderungen hinsichtlich des Vorhandenseins möglicherweise

mit dem Virus der ASP infizierter Wildschweine erfüllt sein. Durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung soll die präventive Errichtung von festen Wildschutzzäunen gegenüber der aktuellen Rechtslage vereinfacht werden